



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Entwurf eines Gesetzes für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität

Stand vom 19.03.2026 09:57:53 bis 19.03.2026 11:08:33

Angegeben von:

Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (R000210) am
19.03.2026

Beschreibung:

Ziel der Stellungnahme zum Gesetz zur Stärkung der Zollverwaltung („Zoll 2030“) ist die Interessenvertretung des legalen Tabakwaren-Großhandels. Wir befürworten die Reform, setzen uns jedoch für eine strikte Ausrichtung der Maßnahmen auf den illegalen Markt ein. Konkret fordern wir den Verzicht auf neue, redundante Meldepflichten an die FIU für die ohnehin regulierte legale Lieferkette. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau spezialisierter digitaler Risikoanalysen zur Überwachung des Schmuggels im E-Commerce und Postversand, ohne legale Logistikprozesse zu behindern. Zudem fordern wir eine bedarfsgerechte personelle und technische Ausstattung der neuen Vollzugseinheiten sowie eine ausgewogene Steuer- und Regulierungspolitik zur Eindämmung des Schwarzmarktes.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 03.03.2026

Federführendes Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Interessenbereiche (1)

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2603190002 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]